

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Nachrichten Dresden.  
Verantwortl. Redakteur: Dr. G. G. G.  
Zur Nr. 20011.

Bezugs-Gebühr bei halbjähriger Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 5,60, Einzelnummern M. 30, Sonntagsausgabe M. 40, Die 1. Auflage 12 mm breite Seite M. 30, superlativ Seite M. 61, Familienanzeigen und Inserate unter Angabe von Adressen, Namen, Vornamen, Nachnamen, Berufsangelegenheiten, M. 200, Zusätzliche Gebühren für besondere Anzeigen, M. 200, Zusätzliche Gebühren für besondere Anzeigen, M. 200.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung: Marienstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von O. G. G. & Co. in Dresden.  
Verlagsnummer 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit Leuzlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unentgeltliche Beiträge werden nicht angenommen.

**Café Hülfert**  
Konditorei  
Prager Straße, Ecke Sidonienstraße.

14 Ring-  
Königsbräu 14 Ring-  
Vornehmes Restaurant

**Gute Weihnachtsbücher**  
kauft man jetzt noch günstig bei  
Buchhandlung **Joh. Schreitmüller** Antiquariat  
Bautzener Straße 41

Hast Du **Augengläser** nötig, gehe zu **Gebrüder Roettig**, Dresden-U., Prager Straße 23

## Das neue sächsische Regierungsprogramm

### Budg. Regierungserklärung im Landtag.

Die programmatische Rede, mit der Ministerpräsident Bud die neue, in ihrer Zusammensetzung unverändert gebliebene Regierung im Landtage eingeführt hat, weist gegenüber der Art, wie das Ministerium im Dezember 1920 sich präsentierte, einen unverkennbaren Fortschritt auf, weil ihr die scharfe Note des unerbittlichen Kampfes gegen alles, was bürgerlich ist und heißt, fehlt, wie sie damals in scharf akzentuierter Form vorlag. Im Jahre 1920 hand das gesamte Bürgerium unter dem Eindruck, daß ihm Bede vorgelegt worden sei, und diese Empfindung spiegelt sich durchgängig in den Kommentaren wider, die von den Rednern der einzelnen bürgerlichen Parteien zu der Regierungserklärung abgegeben wurden. Dadurch wurde von vornherein die Arbeit des Landtages infolge Anfrührung der heiligsten parteipolitischen Gegenstände ersichert und jene able und gereizte Stimmung geschaffen, die im Laufe der Zeit einen Konflikt auf den anderen häufte und schließlich die ganze parlamentarische Arbeit dermaßen auf den toten Punkt setzte, daß nur die im Wege des Volksbegehrens bewirkte Auflösung des Landtags und die Ausschreibung von Neuwahlen als Mittel zur Klärung der Lage übrig blieben. Nachdem nunmehr die Wähler der Wirren in dem Sinne erloschen ist, daß die alte Regierung im Sattel geblieben ist, wird man heiderseitig, sowohl auf sozialistischer wie auf bürgerlicher Seite, am besten fahren, wenn man nicht das Trennende, sondern das Gemeinsame betont, um auf dieser Grundlage zu einer mittleren Linie zu gelangen, auf der sich eine Politik des Möglichen und Erreichbaren zum Wohle der Gesamtheit verwirklichen läßt.

**1. Sitzung.**  
Dresden, den 12. Dezember 1922.  
Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Verlesung des Ministerpräsidenten nach Artikel 20 der Verfassung und die Abgabe der Regierungserklärung. Die Tribünen sind fast besetzt. Auch sämtliche Minister einschließlich des Präsidenten sind anwesend. Vor Ein. tritt in die Verhandlungen abends Präsident Winkler des V. scheidens des Abgeordneten Edwin Schmidt, Freisinn (D. N.). Der Präsident teilt mit, daß der Verstorbenen ist dem 17. Dezember 1917 bis zu seinem Tode der parlamentarischen Vertretung Sachsen angehört habe, und führt die Ausschüsse an, in denen er in dieser Zeit hauptsächlich tätig gewesen ist. Der Präsident stellt fest, daß sich das Haus zu Ehren und zum Andenken an den verstorbenen Kollegen von den Plätzen erhoben hat. Es sei ein Wort der Anerkennung für die Tätigkeit des Verstorbenen. Unter den Eingängen befindet sich ein Schreiben des Ministerpräsidenten Bud, in dem er die Annahme der wieder auf ihn gefallenen Wahl erklärt. Darauf folgt die

Lebensmilde und Optimismus übriggeblieben sind, kann nicht wie in normalen Zeiten jede Anregung und jeder Wunsch erfüllt werden. (Zuruf von den Kommunisten: Was die von Sinnes!) Durch die rapid fortschreitende Geldentwertung sind die Staatsmittel außerordentlich in Anspruch genommen worden. Insbesondere erfordert der weitere

**planmäßige Ausbau der Staatsbetriebe,** die sich sehr gut entwickelt haben, ganz gewaltige Summen. Gleichwohl wird die Regierung den auch vom Landtage als richtig anerkannten Weg, die Staatsbetriebe nach Möglichkeit weiter zu vervollkommen und auszubauen, trotz den schwierigen Verhältnissen unbedeutend weiterzuführen. Auch in diesen Tagen wird dem Landtage eine Vorlage machen, in der um die schleunige Bereitstellung der erforderlichen Mittel gebeten wird. Ebenso wird dem Landtage bald ein Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung mit dem Reichsamt Sachsin und dem vormaligen Königs-Kaufe zur Beratung und Beschlußfassung gehen. Langwierige Verhandlungen zwischen dem Reich über die anderweitige Verteilung der Reichssteuer und anderen Reich, Ländern und Gemeinden, bei denen von Vätern und Gemeinden mit Nachdruck darauf hingewiesen worden ist, daß sie ohne weitgehendes Entgegenkommen des Reichs ihre Aufgaben nicht zu erfüllen vermögen. Es ist zu hoffen, daß die Beratungen bald zu einem befriedigenden Ergebnis führen. In gleicher Weise lassen die Verhandlungen über die Frage, inwieweit das Reich zu den Verbindlichkeiten der Staats- und Gemeindebeamten endgültig beizutragen hat, eine baldige Klärung erwarten. Doch unter den bestehenden Verhältnissen die Aufstellung der Haushaltspläne mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, bedarf keiner weiteren Darlegung. Die Regierung wird Ihnen den Entwurf eines

**Vereidigung des Ministerpräsidenten.**  
Er leistet den Eid, indem er bei erhobener rechter Hand die Worte spricht:  
„Ich schwöre Treue der Landesverfassung.“  
Tamt ist die Vereidigung vollzogen und Ministerpräsident Bud nimmt nunmehr das Wort zu folgender

**Regierungserklärung:**  
Meine Damen und Herren!  
Nachdem ich am 6. Dezember vom Landtage zum Ministerpräsidenten gewählt worden bin, hatte ich die Pflicht, die Mitglieder für das Gesamtministerium zu berufen. Die seit dem Dezember 1920 in Sachsen bestohende Politik ist durch die Wahl am 5. November 1922 gebilligt worden. Ich habe deshalb nach Artikel 26, Abs. 2 der Landesverfassung die Herren Hellwig, Fleißner, Seidt, Lipinski, Nitsch und Dr. Rejzner mit der Fortführung ihrer Ämter betraut. In meinem Stellvertreter habe ich Herrn Minister Lipinski bestellt. Die am 14. Dezember 1922 vorgelegte Regierungserklärung umschließt einen auf längere Zeit berechneten Ausgabentwurf und die politische Einleitung der damaligen Regierung. Das neue Kabinett will diese

**Nachtrages zu dem Haushaltsplan**  
auf das laufende Rechnungsjahr, und den Planentwurf für 1923 sobald wie irgend möglich angehen lassen. Bis zur Fertigstellung der unumkehrlichen Druckvorlagen benötigen wir noch einige Wochen Zeit. Der Entwurf zum Haushaltsplan wird voraussichtlich im Januar in Ihren Händen sein.  
In Ausführung des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 war dem Landtage der Entwurf eines Gesetzes über die Pflichten der Beamten und Lehrer und über die Änderung des Dienstvertrags vorgelagert worden. Durch die Auflösung des Landtages blieb der Entwurf

**Politik nach sozialistischer Auffassung**  
fortleben.  
In einer Zeit, in der Not, Elend und Verzweiflung oft das klare Urteil trüben und nur bei willensstarken Menschen

Nur den Ausblick auf Entwicklungsmöglichkeiten, die sich allenfalls ergeben können, wenn die Regierung die kommunale Unterhandlungswirtschaft endgültig seit beläme, erscheint es angebracht, an bemerkenswerte Auslassungen über die Konstitutionsfrage zu erinnern, die der Wirtschaftsminister Hellwig im Vorjahre in der sozialistischen Reichszeit „Die Woche“ gemacht hatte und die in ihrem wesentlichen Kerne lauteten: „Es ist in der Politik oft nur zwischen dem Großen und dem Kleineren Uebel zu entscheiden gilt, kommt für den Sozialisten als Bundesgenossen in Frage, was sich grundsätzlich zur Demokratie und Republik bekennt.“ Weil von den Kommunisten auf absehbare Zeit die Unterstützung einer realisierbaren sozialistischen Politik nicht zu erhoffen steht, bleibt nur der sozialistisch-unabhängige Weg. Wo er in der Minderheit ist, bleibt nichts übrig als das Zusammengehen mit der bürgerlichen Linken, sofern sie sich zum Schutze und Ausbau der Demokratie und Republik verpflichtet.“ Hier tritt also der Minister Hellwig für eine Koalition mit den Demokraten ein, weil „von den Kommunisten nichts zu erhoffen ist“; die Demokraten sind für ihn „die einzig annehmbare bürgerliche Partei“. Wenn der Minister an dieser Anschauung noch heute festhält und sie sich früher oder später auch im Gesamtministerium durchsetzen sollte, könnte es immerhin sein, daß eines Tages die Gradauerische Politik, die ja auch die Demokraten aufnehmen, als sie das Bedürfnis nach einer Verbreiterung ihrer Grundlage verspürte, zu neuem Leben erwachte. Wer weiß, was werden mag! Nur dürfen die Demokraten sich durch derartige vage Ausschichten nicht von einer entschlossenen bürgerlichen Gemeinheitspolitik, die das oberste Gebot der Stunde bildet, abhalten lassen. Wenn die Bürgerlichen auf beraten sind, müssen sie unter sich ein harmonisches Verhältnis pflegen und es nicht an ihrer gemeinsamen Unternehmung leiten lassen, sofern es gilt, zusammen mit der Sozialdemokratie ein dem Wohle der Gesamtheit dienliches Gesetzgebungswerk zu fördern. Mit vereinten Kräften aber den äußeren Widerstand zu leisten, ist ebenso auf ihre Pflicht, wenn es sich darum handelt, Uebergriffe und Schändlichkeiten einer einseitigen sozialistischen Politik energisch zurückzuweisen.

Ansätze, an die sich gewisse Hoffnungen nach dieser Richtung knüpfen lassen, sind in der Rede des Ministerpräsidenten vorhanden, so wenn er betont, daß die gegenwärtige schlechte Lage des Staates nicht akute, alle Wünsche zu erfüllen — das geht offenbar gegen gewisse kommunistische Ueberbühmlichkeiten —, und wenn er ferner bei dem Ueberblick über die Schulpolitik erklärt, daß „alle bewährte Grundzüge“ mit neuen modernen verbunden werden müßten. Es ist entschieden eine gute Seite des Ministerpräsidenten, daß er einen offenen Blick für gewisse Vorzüge der Vergangenheit besitzt und daß er auch den Mut hat, das offen auszusprechen. Bei seiner letzten Anwesenheit in München sagte er in einer Rede vor dem Republikanischen Reichsbund, er sei ehrlich genug eingesehen, daß wir aus dem alten Deutschland große gewaltige Werte hinübergenommen hätten in die Zukunft. Werte ethischer, kultureller, moralischer und auch materieller Natur. Es ist immer gut, wenn an leitender Stelle eine Persönlichkeit steht, die sich durch parteipolitische Befangenheit den Blick für das bewährte Alte nicht trüben läßt. Um so mehr ist dann aber zu bedauern, daß der Minister kein hoffnungserweckendes Wort über die Religionserlasse gefunden hat, die so viel Verbitterung in die auf dem Boden der christlichen Jugendbildung stehenden bürgerlichen Kreise getragen haben. Wenn Lehrer und Schülern ausnahmslos verboten wird, an staatlich nicht anerkannten kirchlichen Feiern an religiösen Akten teilzunehmen, so ist das zweifellos ein scharfer Gewissenszwang, der in einem demokratischen Staatswesen keinesfalls geduldet werden sollte. Hier stehen sich sozialistische und bürgerliche Auffassung nach wie vor schroff gegenüber, und die bürgerlichen Kräfte und Einflüsse werden nicht ruhen noch rücken, bis sie die Aufhebung eines Erlasses erreicht haben, der unumgänglich mit der verfassungsmäßig gewährleisteten Freiheit der Religionsübung vereinbar werden kann.

über die Gemeindeform alsbald wieder eingebracht werden soll, zum andern durch die Erklärung: Die Regierung wird es sich zur Pflicht machen, nach besten Kräften und im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Regierung des Reichs zu unterstützen, daß der Gedanke der Gemeinwirtschaft in der Gesamtwirtschaft unseres Volkes immer mehr zur Wirklichkeit wird, um ihnen jetzt den sozialistischen Wirtschaftskreis vorbereiten zu helfen“, und zum dritten endlich durch die Erklärung: „Ich bin innerlich der republikanisch-demokratischen Staatsform die Entwicklung zur Neugestaltung der Weltanschauung im sozialistischen Sinne zuzunehmen. In diesem Zusammenhang ist der Entwurf über die Gemeindeform besonders wichtig, weil er den unverkennbaren und auch von kommunistischer Seite mit Nachdruck unterbreiteten Zweck verfolgt, den Sozialismus in der Gemeinverfassung überall zur Geltung zu bringen, und von diesem Postament aus die politische Macht zu erheben. Es kann nach alledem nicht zweifelhaft sein, daß die neue Regierung, auf der Tradition der alten stehend, eine großzügige sozialistische Politik verfolgt, und soweit sie auf diesen Spuren wandelt, wird das Bürgerium sich in eine zielbewusste Oppositionstellung gedrängt sehen.“

Es gibt gewiß manche Frage, in denen Bürgerliche und Sozialisten auf festem Boden Hand in Hand gehen können, so bei der Reform der Lehrerbildung, die, falls sie nicht auf eine schematische Einzwängung in die parteipolitische sozialistische Weltanschauung abzielt, ein durchaus erzieherisches Ziel bildet, und ferner bei der Vereinheitlichung des Strafvollzuges. Auch die Ablehnung einer weiteren Annäherung durch die Regierung ist durchaus zu billigen, da es sich hier um das Einhalten auf einem Wege handelt, von dessen Verderblichkeit für den gelunden Rechtsinn des Volkes alle Einsichtigen überzeugt sind, und vor dessen weiterer Verbreiterung bereits der höhere sozialistische Instanzminister Dr. Gornisch ernstlich gewarnt hatte. Die Grenze jeder Kompromißmöglichkeit aber ist für die bürgerlichen Parteien da erreicht, wo es sich um Sein oder Nichtsein der privatrechtlichen Ordnung handelt, wo der Kampf um die Weltanschauungsfrage geht, ob der bürgerliche bürgerliche Charakter des Staates erhalten bleiben oder die Ueberführung in ein sozialistisches Gemeinwesen erfolgen soll. Dieser scharfe Gegensatz wird in der Rede des Ministerpräsidenten dreimal in unverkennbarer Form bezeichnet: einmal durch die Ankündigung, daß der Entwurf

Es die trennenden grundsätzlichen Fragen, die eine unüberbrückliche Schranke zwischen Sozialismus und Bürgerium aufrechten, mehr oder weniger scharf und scharf die politische und parlamentarische Lage beherrichen werden, wird wesentlich davon abhängen, wie sich die Regierung zu den Kommunisten stellt. Je weiter der Fendel nach links ausschlägt, desto heftiger werden die Gegensätze aufeinander prallen, während der Gang des öffentlichen Lebens einen ruhigeren Anstrich zu erhalten vermag, in eben dem Maße, wie sich die Regierung gegen kommunistische Ueberforderungen maßhaltig abweisend verhält. Die Art, wie die Kommunisten die Rede des Ministerpräsidenten aufgenommen haben, ist nicht gerade vorbildlich für gute Lebensart.

Es gibt gewiß manche Frage, in denen Bürgerliche und Sozialisten auf festem Boden Hand in Hand gehen können, so bei der Reform der Lehrerbildung, die, falls sie nicht auf eine schematische Einzwängung in die parteipolitische sozialistische Weltanschauung abzielt, ein durchaus erzieherisches Ziel bildet, und ferner bei der Vereinheitlichung des Strafvollzuges. Auch die Ablehnung einer weiteren Annäherung durch die Regierung ist durchaus zu billigen, da es sich hier um das Einhalten auf einem Wege handelt, von dessen Verderblichkeit für den gelunden Rechtsinn des Volkes alle Einsichtigen überzeugt sind, und vor dessen weiterer Verbreiterung bereits der höhere sozialistische Instanzminister Dr. Gornisch ernstlich gewarnt hatte. Die Grenze jeder Kompromißmöglichkeit aber ist für die bürgerlichen Parteien da erreicht, wo es sich um Sein oder Nichtsein der privatrechtlichen Ordnung handelt, wo der Kampf um die Weltanschauungsfrage geht, ob der bürgerliche bürgerliche Charakter des Staates erhalten bleiben oder die Ueberführung in ein sozialistisches Gemeinwesen erfolgen soll. Dieser scharfe Gegensatz wird in der Rede des Ministerpräsidenten dreimal in unverkennbarer Form bezeichnet: einmal durch die Ankündigung, daß der Entwurf

**Dollar (Amtlich): 8440**  
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 8350

Es gibt gewiß manche Frage, in denen Bürgerliche und Sozialisten auf festem Boden Hand in Hand gehen können, so bei der Reform der Lehrerbildung, die, falls sie nicht auf eine schematische Einzwängung in die parteipolitische sozialistische Weltanschauung abzielt, ein durchaus erzieherisches Ziel bildet, und ferner bei der Vereinheitlichung des Strafvollzuges. Auch die Ablehnung einer weiteren Annäherung durch die Regierung ist durchaus zu billigen, da es sich hier um das Einhalten auf einem Wege handelt, von dessen Verderblichkeit für den gelunden Rechtsinn des Volkes alle Einsichtigen überzeugt sind, und vor dessen weiterer Verbreiterung bereits der höhere sozialistische Instanzminister Dr. Gornisch ernstlich gewarnt hatte. Die Grenze jeder Kompromißmöglichkeit aber ist für die bürgerlichen Parteien da erreicht, wo es sich um Sein oder Nichtsein der privatrechtlichen Ordnung handelt, wo der Kampf um die Weltanschauungsfrage geht, ob der bürgerliche bürgerliche Charakter des Staates erhalten bleiben oder die Ueberführung in ein sozialistisches Gemeinwesen erfolgen soll. Dieser scharfe Gegensatz wird in der Rede des Ministerpräsidenten dreimal in unverkennbarer Form bezeichnet: einmal durch die Ankündigung, daß der Entwurf